

Wo stehen die Gewerkschaften?

Ein Interview mit Prof. Oswald von Nell-Breuning

Während der jüngsten Tarifeinverständigungen, insbesondere während des Drucker- und Metallstreiks, sind die deutschen Gewerkschaften unter teilweise heftigen Beschuß öffentlicher Kritik geraten. Betreiben die Gewerkschaften einseitig Besitzstandsicherung? Halten sie eine notwendige technisch-wirtschaftliche Entwicklung auf, u. U. auch auf Kosten der Vollbeschäftigung? Kommt es zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den Tarifpartnern und zwischen diesen und der politischen Führung? Geraten die Gewerkschaften mehr und mehr in den Sog politisch verhärteter, an Systemveränderung orientierter Ideologen? Mit der Berechtigung solcher Kritik und den Grenzen ihrer Zulässigkeit beschäftigt sich das folgende Interview mit Prof. Oswald von Nell-Breuning. Die Fragen stellte D. A. Seeber.

HK: Herr Professor von Nell-Breuning, Sie haben gelegentlich geäußert, die ganze Welt beneide uns Deutsche um unsere Gewerkschaften. Ihre neuere Entwicklung weckt aber doch steigende Besorgnisse. Halten Sie Ihr Urteil dennoch aufrecht?

von Nell-Breuning: Meine Aussage, die ganze Welt beneide uns um unsere Gewerkschaften, halte ich uneingeschränkt aufrecht. Nach wie vor hat die Welt allen Grund, uns um sie zu beneiden. Im Vergleich zu den Gewerkschaften der weitaus meisten Länder zeichnen unsere Gewerkschaften sich durch Vorzüge aus, um derentwillen man uns um sie beneiden kann oder vielmehr muß. Zu „unseren“ Gewerkschaften zähle ich dabei nicht nur die Gewerkschaften unserer Bundesrepublik, sondern des ganzen deutschen Sprachraums und räume innerhalb dieses Raumes den schweizerischen Gewerkschaften noch einen Vorsprung vor unseren bundesdeutschen ein.

HK: Ich verstehe; im Augenblick, wo unsere Industriegewerkschaft Druck und Papier gerade einen harten und bitteren Arbeitskampf hinter sich hat und unsere Industriegewerkschaft Metall noch in einem solchen Kampf steht, sehen Sie neidvoll auf die Schweiz, wo seit nunmehr 40 Jahren in der Metall- und Uhrenindustrie das „Friedensabkommen“ besteht und Arbeitskämpfe überflüssig gemacht hat.

von Nell-Breuning: Ja, in dieser Hinsicht müssen wir die Schweiz beneiden, die gerade jetzt ein Vorbild dafür abgibt, wie man so schwierige und so schmerzliche Umstellungen, wie die für die Schweiz so entscheidend wichtige Uhrenindustrie sie durchmacht, bewältigen kann, wenn

auf beiden Seiten Vernunft und guter Wille waltet; ich betone: auf *beiden* Seiten.

„Die Gewerkschaften können als unliebsame Friedensstörer erscheinen“

HK: Sehen Sie trotz berechtigter Kritik in der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion die Gewerkschaften *einseitig* angegriffen?

von Nell-Breuning: Ja; gerade *dagegen* wende ich mich. – Es liegt so nahe und ist so verführerisch, immer nur von den Gewerkschaften zu reden und ihr Verhalten zu kritisieren. Alles, was die Gewerkschaften als Massenorganisation tun, schon was sie denken, was sie planen, was sie vorbereiten, was sie beschließen, alles das spielt sich im Licht der großen Öffentlichkeit ab; darüber kann man sich dann ereifern.

HK: Soll das ein Nachteil sein? In dieses Licht stellen sich gerne und mit Nachdruck nicht nur Politiker, sondern gerade Gewerkschaftsführer.

von Nell-Breuning: In diesem Fall ist es ein eindeutiger Nachteil. Was die Arbeitgeberseite denkt, plant, vorbereitet, beschließt, das kann sie alles im stillen machen; was sie plant, beschließt, unternimmt, wird erst in dem Augenblick bekannt und damit der öffentlichen Kritik zugänglich, wenn es ausgeführt wird. Bei den Gewerkschaften ist schon die Meinungsbildung, weil sie gar nicht anders vor sich gehen kann, *öffentlich* und muß mit publizistischem, ja propagandistischem Aufwand und mit allen Vergrößerungen, die das mit sich bringt, ausposaunt werden; dagegen vollzieht die Meinungsbildung der Arbeitgeberseite sich in der Verschwiegenheit der Chefetagen ihrer Verbände oder Spitzenverbände und wird nach außen nur wohltdosiert insoweit verlautbart, als dies geeignet erscheint, die öffentliche Meinung im erwünschten Sinn zu beeinflussen. Dazu kommt, daß die Arbeitgeber ihren *Besitzstand* verteidigen und nicht nur selbst ehrlich *glauben*, sondern auch bei weitesten Kreisen der Ruhe, Frieden und Ordnung liebenden Bürger *Glauben* dafür *finden*, das Recht sei auf ihrer Seite, während die Gewerkschaften Forderungen stellen, also Angreifer sind und demzufolge als unliebsame Friedensstörer erscheinen, wenn die öffentliche Meinung sie nicht überhaupt von vornherein ins Unrecht setzt.

HK: Sie möchten dadurch eine Versachlichung der Diskussion erreichen, daß Sie dafür plädieren, die Fehlentwicklungen auf beiden Seiten offen darzulegen?

von Nell-Breuning: Ja, aber ich frage vor allem nach den Ursachen der Fehlentwicklungen. – Beide, Gewerkschaften und Arbeitgeber, sind nur Teile eines größeren Ganzen, unseres politischen Gemeinwesens. Gewerkschaften und Arbeitgeber entwickeln und wandeln sich nicht unabhängig voneinander, ebensowenig aber oder noch weniger unabhängig vom Wandel unseres politischen Gemeinwesens und Volkskörpers als *Ganzem*, von den Wandlungen in unserem sozialen, ökonomischen und im spezifischen Wortsinn politischen Leben. In dem von mir beklagten und mich tief beunruhigenden Wandel, den wir bei den Gewerkschaften sehen, ja mit Händen greifen können, der aber, wenn auch weniger sichtbar und noch weniger handgreiflich, in nicht geringerem Grade auch die Arbeitgeber- oder Unternehmenseite erfaßt hat, wirkt sich meiner Meinung nach nur der sehr viel tiefer liegende und noch viel größere Besorgnisse auslösende Wandel aus, der seit 1949 im *Wertbewußtsein* unseres Volkes stattgefunden hat.

HK: Sie sehen also im Wandel der Gewerkschaften und in der Verhärtung bei den Tarifparteien nur den „Phänotyp“ bzw. eine Variante eines allgemeinen politisch-wirtschaftlichen und sozialen Wandlungsprozesses?

von Nell-Breuning: Genau! Es ist doch unvorstellbar, daß die Gewerkschaften, die Arbeitgeber und ihre wechselseitigen Beziehungen von dieser allgemeinen Entwicklung unberührt bleiben oder sich ihr entziehen könnten; selbstverständlich kommt sie bei ihnen in einer ihnen eigentümlichen Weise zum Ausdruck.

HK: Aber zunächst geht es doch auf beiden Seiten um handfeste Interessen, deren Regelung bei verringertem Wirtschaftswachstum und teilweise folgenschweren technologischen Umbrüchen schwieriger geworden ist. Das mag einen Wandel im Wertbewußtsein einschließen oder mag davon begleitet sein. Aber der Zusammenhang liegt nicht ohne weiteres auf der Hand.

von Nell-Breuning: Dem kann ich nicht ganz zustimmen. Sie kennen die uralte Volksweisheit: „Nichts ist schwerer zu ertragen als eine Reihe von guten Tagen.“ Wir Deutsche in der Bundesrepublik haben, seitdem wir uns aus der ersten Not der Nachkriegszeit herausgearbeitet haben, nicht nur eine Reihe von guten *Tagen*, sondern eine Reihe von guten *Jahren* erlebt. Das ist uns nicht gut bekommen; damit waren wir überfordert.

HK: Nicht gut bekommen vielleicht! Aber überfordert inwiefern?

von Nell-Breuning: „Überfordert“ genau in dem Sinn, den das Volkswort meint: man erliegt der Versuchung, sich gehen zu lassen, übt keine Härte mehr gegen sich selbst, macht es sich bequem und läßt in der Leistung nach, gewöhnt sich „Ansprüche“ an und nimmt zuletzt nichts, auch die grundlegenden Werte und Wertmaßstäbe nicht mehr *ernst*. – Denken Sie bitte zurück an die *weitgehende Übereinstimmung über die Grundwerte*, die zu der Zeit bestand, da das Grundgesetz geschaffen wurde und auf die

die Väter des Grundgesetzes unser politisches, soziales und ökonomisches Gemeinschaftsleben gründen konnten. Niemals war der Konsens über die Grundwerte, auf denen das Leben jedes einzelnen, aber auch das Leben der ökonomischen, sozialen und politischen Gemeinschaft sich aufbaut, so breit und so tief wie damals, als die Erfahrungen des Naziterrors bei uns und der Begegnung mit dem bolschewistischen Osten noch lebendig waren. An dem steigenden Wohlstand und Wohllieben ist dieser Konsens zu Bruch gegangen.

„Die großen Männer sind nur noch eine geschichtliche Erinnerung“

HK: War dieser Konsens, dessen Verlust man heute beklagt, in der Nachkriegszeit, über die Reaktion auf die Nazizeit hinaus, wirklich in so hohem Maße vorhanden?

von Nell-Breuning: Das ist meine ganz feste Überzeugung, ganz besonders dann, wenn wir den Maßstab nehmen an dem, was wir in der letzten Zeit erlebt haben im Zusammenhang mit dem Streit um den Schutz des ungeborenen Lebens, um das Verständnis und die Achtung von Ehe und Familie, an dem, was uns geboten worden ist an unehrlichen, niemals erfüllbaren und daher auch gebrochenen Wahlversprechen der politischen Parteien und was uns damit angetan worden ist an Entwürdigung als Wähler, auf deren Bestechlichkeit die Parteien spekulierten und die sich eine solche Einschätzung und Behandlung haben gefallen lassen, was wir erlebt haben und bis zur Stunde erleben an Versagen vor dringenden politischen Aufgaben, deren Lösung Opfer kosten würde, und an Feigheit, dem Wähler diese Opfer zu nennen oder erst gar sie ihm ernsthaft abzufordern. Das alles zeigt in meinen Augen, wie tief wir von dem Hochstand persönlicher und gesellschaftlicher Moral zu Beginn unserer Bundesrepublik abgesunken sind, wie wenig heute noch davon übriggeblieben ist. Und meine Frage ist: Konnte eine Massenorganisation wie die Gewerkschaften davon unberührt bleiben? Gerade bei ihnen mußten meiner Meinung nach die Folgen dieses Abbaus der Werte und dieser Auflösung des Konsenses besonders deutlich in Erscheinung treten; bei den sog. „besseren Kreisen“ läßt sich das alles viel besser kaschieren.

HK: Warum aber gerade bei den *Gewerkschaften* besonders deutlich?

von Nell-Breuning: Aus einer Vielzahl von Ursachen teils *persönlicher*, teils sachlicher Art. Die Generation *führender Gewerkschafter*, die nach 1945 unsere Gewerkschaften wiederaufgebaut haben, war geprägt von den Erfahrungen des Naziterrors und des Zweiten Weltkriegs; sie hatten sich unter höchster Gefahr für Leib und Leben zusammengefunden und sich eine neue, geläuterte Vorstellung vom Gewerkschaftswesen erarbeitet; sie verfügten über einen inneren Fundus von Überzeugung und sittlicher Stärke und über ein beispielloses Maß von Autorität so-

wohl gegenüber der eigenen Gefolgschaft als auch gegenüber der Öffentlichkeit. Ihr in der Verfolgung gestählter Idealismus war illusionsfrei, ganz realistisch nüchtern. Ihre moralischen Appelle fanden Glauben bei den von ihnen aufgerufenen Arbeitnehmern, konnten aber auch von der Arbeitgeberseite nicht zurückgewiesen, mußten ernst genommen werden.

HK: Einen Hauptvorteil von damals im Vergleich zu heute sehen Sie also in der nach innen und außen noch *selbstverständlich* wirksamen Führungsautorität?

von Nell-Breuning: Die Führungsautorität jener Generation von Gewerkschaftsführern war unbestritten, und bei ihrem hohen Maß von Sachkunde und Erfahrung wußten sie, was wichtig und was unwichtig, was möglich und was mindestens vorerst noch unmöglich war; danach bemaßen sie ihre Forderungen und konnten sich darauf verlassen, daß die Mitgliedschaft ihrer Einsicht und ihrem Verantwortungsbewußtsein vertraute und folgte. Diese Generation von Gewerkschaftsführern hatte wie keine andere vor ihr und nach ihr die innere und äußere Freiheit, eine Politik zu betreiben, bei der die Gewerkschaften sich als wesentlicher *Ordnungsfaktor* unserer Gesellschaft und Wirtschaft, ja unseres politischen Gemeinwesens erwiesen. Für uns heute sind diese großen Männer nur noch eine geschichtliche Erinnerung, wenn nicht bereits vergessen. Eine andere Generation gewerkschaftlicher Führer ist nachgerückt, die sich dieser einmal günstigen Voraussetzungen nicht mehr erfreut.

HK: Geändert aber haben sich auch die Mitglieder bzw. deren Erwartungen, deren Vorstellungen von gewerkschaftlicher Interessenvertretung...

von Nell-Breuning: Natürlich, auch die *Mitgliedschaft* ist heute eine andere als damals, nicht mehr die Generation, die freudig bereit war und mit Eifer daranging, durch harte Arbeit sich aus der drückenden Entbehrung herauszuarbeiten und mit diesem Ziel vor Augen unter vorerst weiteren Entbehrungen die zerschlagenen Produktionsstätten wiederaufzubauen und neue, leistungsfähigere zu erstellen. Die heutige Mitgliedschaft will die Früchte dieser Wiederaufbauarbeit genießen; sie hat sich in den Jahren schnellen wirtschaftlichen Wachstums und ebenso schneller Steigerung der Lebenshaltung bei immer weniger Mühe und Last daran gewöhnt, sie erwartet und stellt sowohl an die eigene Gewerkschaftsführung als auch an die Staatsführung die Forderung, macht sie dafür verantwortlich, daß es ständig so weitergeht. Wir wissen, daß es so nicht weitergehen kann, daß wir an Grenzen des Wachstums gestoßen sind, die uns ein gebieterisches Halt zurufen.

„Wer heute an die Grenzen des Möglichen erinnert, findet keinen Glauben“

HK: Letzten Endes fällt es allen, auch den Gewerkschaften ungemein schwer, sich im Sinne gemeinwohlgerechter Lösungen z. B. bei Tarifabschlüssen auf den enger gewor-

denen Rahmen, auf die geringeren Wachstumsraten einzustellen...

von Nell-Breuning: So ist es. Und damit sind wir schon bei den *sachlichen* Ursachen. – In den Jahren des Wiederaufbaus waren die Grenzen des Möglichen für jedermann sichtbar, sie waren mit Händen zu greifen. Aber es waren Grenzen, die sich durch tatkräftiges Zupacken weit hinausrücken ließen. So gewöhnte man sich an die Vorstellung, sie ließen sich immer wieder bis ins Unbegrenzte hinausrücken; die Erfahrung schien das zu beweisen. Die Folge ist: wer heute an die Grenzen des Möglichen erinnert, der findet keinen Glauben; wer sich übermäßigen Forderungen widersetzt, von dem argwöhnt man, er könne damit doch nur eigennützige Interessen bemängeln. Da es aber tatsächlich schon einige Zeit mit dem Wachstum nicht mehr so weitergegangen ist wie in den fünfziger und sechziger Jahren, da man heute schon, um neue Bedürfnisse befriedigen zu können, alte Bedürfnisse beschneiden muß und größere Stücke aus dem Kuchen nur ausschneiden kann, wenn man andere Stücke entsprechend kleiner bemißt, setzt *Unzufriedenheit* ein und verhärtet sich der *Kampf um die Verteilung*, wird mit Haß, Neid und Verbitterung ausgetragen. Um unter diesen Umständen sich als Ordnungsfaktoren des ökonomischen, sozialen und politischen Lebens zu bewähren, bedürfte die gewerkschaftliche Führung nicht nur eines übermenschlichen Maßes von Sachkunde, von Willen zur Sachlichkeit und von staatsmännischer Einsicht, um nicht zu sagen Weisheit, sondern müßte überdies bei der *Mitgliedschaft* ein Maß von Bereitschaft zu Verzicht und Opfern voraussetzen können, das in einer Gesellschaft, die nicht mehr auf einem breiten Boden gemeinsamer Grundüberzeugungen und Grundwerte steht und darin ihren festen Zusammenhalt besitzt, schlechterdings nicht erwartet werden kann.

HK: Sind also die Gewerkschaften bzw. ihre Führer zum Teil Opfer ihrer eigenen Forderungen und Versprechungen, insofern sie unter dem Druck begehrtlicher gemachter und gewordener Mitglieder jetzt nicht mehr frei sind, nach eigener Einsicht zu handeln?

von Nell-Breuning: Ein solcher Zwiespalt zwischen der besseren Einsicht der Führer und den von den Mitgliedern erhobenen Ansprüchen besteht zweifellos. Dazu kommt aber noch ein außerordentlich erschwerender Umstand. Dieser ihrer besseren Einsicht, soweit sie sie haben, sind die Gewerkschaftsführer heute nicht mehr so gewiß und sind infolgedessen ihrer *selbst* nicht mehr so sicher wie früher. Diese Ungewißheit und Unsicherheit *entschärft* den Gewissenskonflikt. Während ein harter Gewissenskonflikt ihre Widerstandskraft stählen würde, schwächt der entschärft Gewissenskonflikt die Widerstandskraft und leitet damit der Nachgiebigkeit Vorschub; so werden sie im Zweifel dem Drängen der Radikalen unter ihren Mitgliedern nachgeben.

HK: Und worauf führen Sie diesen vermutlich nicht bestrittbaren Sachverhalt letztlich zurück? An mangelndem

Durchsetzungswillen kann es wohl nicht liegen, an Intelligenz und Wissen wohl auch nicht?

von Nell-Breuning: An Mangel an Intelligenz oder an Wissen bestimmt nicht. Die Ursache liegt vielmehr – Sie werden über diese meine Meinung überrascht sein, aber es ist so – in der *Verwissenschaftlichung* unseres Lebens; auch Gewerkschaftspolitik und Lohnstrategie sind Spezialwissenschaften geworden, die ihrerseits wiederum von einer Vielzahl anderer wissenschaftlicher Disziplinen abhängig sind, im Kernbereich der gewerkschaftlichen Wirksamkeit namentlich von der Wirtschaftswissenschaft.

HK: Sicher, aber wie sollte gerade die Verwissenschaftlichung die Unsicherheit verschärfen? Der Laie zumindest nimmt auch für die Praxis eher das Gegenteil an.

von Nell-Breuning: Der Mann der Wissenschaft weiß, daß leider das Gegenteil dieser sympathischen Laienmeinung zutrifft. Erst gar die Zerstrittenheit der wissenschaftlichen Meinungen zerstört die *vorwissenschaftliche* Sicherheit des Mannes der Praxis und liefert ihn ratlosem Zweifel aus; zu wissenschaftlicher Gewißheit führt die Verwissenschaftlichung nur in einem eng umgrenzten Bereich abstrakt-theoretischer Erkenntnis, aber kaum je der Praxis. – Sehen wir uns doch die Situation der gewerkschaftlichen Führung einmal etwas näher an. Jahrzehntelang handelte sie gemäß ihrer *vorwissenschaftlichen* „sicheren“ Meinung; erwies dieses ihr Verhalten sich als verfehlt, dann lernte sie aus dieser Erfahrung und berichtigte ihr Verhalten entsprechend. Die Wissenschaft kümmerte sie nicht; ihr und ihren Repräsentanten, den Akademikern oder Intellektuellen, begegnete sie mit unverhohlenem Mißtrauen. Heute haben alle großen Gewerkschaften ihre wissenschaftlichen Stäbe und lassen sich von ihnen beraten, wie auch die Arbeitgeber- und die Wirtschaftsverbände ihre wissenschaftlichen Institute haben und sich von ihnen beraten lassen.

„Gewerkschaftsführer werden durch Verwissenschaftlichung verunsichert“

HK: Solche Beratung und Entscheidungshilfe müßte ja nicht von Nachteil sein. Vielleicht hat man nur noch nicht gelernt, mit ihr umzugehen. Oder liegt es an der wissenschaftlichen Beratung selbst – ist diese zu parteilich?

von Nell-Breuning: Parteilichkeit möchte ich den Beraterstäben und wissenschaftlichen Institutionen nicht so ohne weiteres vorwerfen; das wäre mir zu hart und in vielen Fällen schlechterdings ungerecht. Lassen wir es zunächst bei der schlichten Tatsache, daß sie untereinander uneins sind, daß ihre Meinungen oft weit auseinandergehen. Gäben die beiderseitigen wissenschaftlichen Berater übereinstimmende Gutachten ab oder machten sie übereinstimmende Vorschläge, dann würde man sie wohl auch beiderseits akzeptieren und sich in Verhandlungen über Tarife oder anderes auf dieser Grundlage einigen. Tatsächlich ist das aber die ganz seltene Ausnahme; in der Regel haben die Gutachten oder Vorschläge „Schlagseite“; ob-

wohl „wissenschaftlich“ aufgemacht, ermangeln sie der wissenschaftlichen Objektivität, sind mehr Plädoyers für die Interessen der jeweiligen Auftraggeber. Erweisen so bereits die Berater und die von ihnen erstatteten Gutachten sich als keineswegs immun gegen die Interessen ihrer Auftraggeber, dann werden erst recht die berufenen Interessenvertreter, das sind die Verbandsführer auf beiden Seiten, hier die Vorstände der Gewerkschaften, den von *ihren* Beratern oder Instituten gelieferten, *ihre* Wünsche und Bestrebungen „wissenschaftlich“ abstützenden Gutachten mehr Glauben entgegenbringen als den das Gegenteil „beweisenden“ Gutachten der Gegenseite.

HK: Wollen Sie damit sagen, daß das, was man gemeinhin als ideologische Radikalisierung in den Gewerkschaften bezeichnet, in erster Linie aus akademisch-wissenschaftlichen Beraterstäben (und teilweise auch aus den akademisch gewordenen Funktionärskadern selbst) kommt?

von Nell-Breuning: Zunächst wollte ich nur sagen, daß die in das Kreuzfeuer der beiderseitigen wissenschaftlichen Argumentation geratene und dadurch in ihrer *vorwissenschaftlichen* Gewißheit erschütterten Gewerkschaftsführungen im Zweifel eher den Gutachten Verständnis entgegenbringen und Glauben schenken, die ihre Interessen und Wunschziele wissenschaftlich abstützen und infolgedessen geneigt sein werden, Forderungen aus Kreisen der Mitglieder als erfüllbar anzusehen und zu übernehmen, die sie nach ihrem gesunden Menschenverstand als zu weitgehend erkannt und denen sie sich daher widersetzt haben würden. – Dazu kommt allerdings gerade jüngstens das, was Sie andeuten: In die gewerkschaftlichen Beraterstäbe und Institute sind nicht nur in Einzelfällen (neo)marxistische Kräfte eingedrungen, sondern einzelne Institute sind in besorgniserregendem Grad (neo)marxistisch unterwandert, um nicht zu sagen überfremdet. Gelegentlich sind auch schon solche Intellektuelle aus dem Angestelltenverhältnis in den Kreis der *gewählten* Verbandsfunktionäre oder selbst in den Gewerkschaftsvorstand eingedrungen. *Diese* Intellektuellen verstehen die Gewerkschaft *nicht* als Ordnungsmacht im Bau der bestehenden, von ihnen als „System“ verachteten ökonomischen, sozialen und politischen Ordnung, sondern als „systemverändernden“ *Machtfaktor*, der dieses verhaßte System grundsätzlich verneint, es zerstören und den Platz frei machen soll für eine andere, neu zu entwerfende und zu etablierende Ordnung. Die Brillanz, mit der diese Intellektuellen ihre Ideen vortragen, trägt dazu bei, die in der Verantwortung stehenden Gewerkschaftsführer noch weiter zu verunsichern.

HK: Andererseits gelten gerade die Gewerkschaften als stramme Abwehrfront gegen Radikale. Vor dem Russel-Tribunal z. B. hat man ihnen das zum Vorwurf gemacht.

von Nell-Breuning: Wo Gewerkschaftsleitungen solches Treiben durchschauen, leisten sie Widerstand und greifen notfalls mit aller Härte durch; dafür liegen in der Tat genügend Beweise vor. In den *Sachfragen* aber werden sie doch geneigt sein, die ihnen von dieser Seite gelieferten Argumente als mindestens ebenso überzeugend anzusehen

wie das, was die Gegenseite vorlegt, und da deren Argumentation in der Regel nicht minder interessenbedingt/tendenziös ist, dürfte das sogar gar nicht selten zutreffen. Zu allem Unglück reicht auch die *akademische* Wissenschaft (Universitäten, Hochschulen) den Tarifpartnern mehr Steine als Brot. Gerade in den Fragen, die heute in der Wirtschaftspolitik im allgemeinen, ganz besonders aber in den Auseinandersetzungen der Tarifpartner dringend anstehen, an erster Stelle nach den zweifellos äußerst vielschichtigen Zusammenhängen zwischen *Lohn und Beschäftigung* bleibt unsere akademische Wissenschaft in ihrer Zerstrittenheit die Antwort schuldig.

„Ein Vulgärmarxismus, gegen den man Marx in Schutz nehmen muß“

HK: Das Ergebnis ist in jedem Fall Radikalisierung. Wie weit aber sind die Gewerkschaften nur deren Opfer? Wie weit deren Verursacher?

von Nell-Breuning: Innerhalb der Gewerkschaften gibt es Kräfte, die es auf Radikalisierung der Mitglieder ablegen und das gewerkschaftliche Bildungswesen dazu mißbrauchen. Diese Indoktrinierung der Mitglieder und damit des Führungsnachwuchses, wie sie in den an sich so verdienstvollen Bildungseinrichtungen der Gewerkschaften oder doch einzelner Gewerkschaften zwar nicht allgemein, aber auch nicht nur ganz ausnahmsweise stattfindet, erscheint mir gefährlicher als der Einfluß der hoch- und überintellektuellen Neomarxisten in den Beratungsstäben und wissenschaftlichen Instituten. Was da manchmal geboten wird, ist kein Marxismus (Marx würde sich im Grab herumdrehen), ist insbesondere kein Marxismus im weltanschaulichen Sinn (Histomat oder Diamat), sondern ein *pervertierter Vulgärmarxismus*, gegen den man Marx in Schutz nehmen muß, eine vergrößernde Verfälschung einiger Marxscher Thesen.

HK: Verfälschung welcher marxistischer Thesen?

von Nell-Breuning: Ich denke insbesondere an die von ihm selbst höchst mißverständlich vorgelegte und infolgedessen auch höchst unterschiedlich interpretierte *Arbeitswertlehre* (gerade soeben legt eine hervorragende marxistische Theoretikerin, *Joan Robinson* [Cambridge] in „Kyklos“ 31, fasc. 1 eine ausgezeichnete Studie dazu vor). Die Marxsche Arbeitswertlehre eignet sich vorzüglich für solche Verfälschung und wird – wahrscheinlich sogar gutgläubig – dazu mißbraucht, um den Teilnehmern an Bildungsveranstaltungen, die konsequent als „Lohnabhängige“ tituliert werden, beizubringen, sich als Geknechtete und Ausgebeutete zu fühlen.

HK: Also die Rückwendung zu einem Proletariat, das es in keiner Weise mehr gibt?

von Nell-Breuning: Das wäre vielleicht zu viel gesagt. Aber anstatt die Mitglieder der eigenen Leistung froh werden zu lassen und sie aufzufordern, stolz darauf zu sein und ihr Selbstbewußtsein zu heben, legt man es dar-

auf ab, ihnen die Arbeit zu verleiden, sie unzufrieden und gegen die bestehende gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Ordnung *aufsässig* zu machen. Diese Instrukteure scheinen zu glauben, gewerkschaftliches Engagement lasse sich nicht auf solidarischen Einsatz der Arbeitnehmer füreinander gründen, sondern nur auf Unzufriedenheit, Verbitterung und Haß gegen das „System“ und gegen den als Klassenfeind zu verteufelnden Unternehmer (Marx hat bekanntlich den „Kapitalisten“ nicht verteufelt, sondern ihm die *gleiche* (!) Entfremdung zugeschrieben wie dem „Proletarier“).

HK: Liefere Verhärtungen auf der Arbeitgeberseite – Sie sprachen eingangs davon – nicht ihrerseits „Material“, das diese Indoktrinierung glaubhaft macht?

von Nell-Breuning: Ja, solches „Material“ wird unglücklicherweise sehr reichlich geliefert. Vergleichen Sie doch nur einmal die *Sprache* der damals noch in der Entnazifizierung befindlichen, ganz klein und gefügig gewordenen Unternehmer, wie sie die Gewerkschaften um Hilfe anflehten gegen die Demontagemaßnahmen der Besatzungsmächte und weitestgehende Mitbestimmung anboten, um nicht zu sagen aufdrängten, in den ersten Jahren unseres Wiederaufbaus, und die *Sprache*, in der ihre inzwischen in die alten Rechts- und Machtpositionen wieder eingerückten Nachfahren und noch mehr die Funktionäre ihrer Verbände heute mit den Gewerkschaften oder besser gesagt zu den Gewerkschaften reden. Es ist ja weitgehend kein Gespräch mehr miteinander, sondern es sind Monologe gegeneinander oder für die Öffentlichkeit; die Verhärtung der einen Seite steigert die Verhärtung auf der Gegenseite und umgekehrt. (Können die Gewerkschaftsführer mäßigend auf ihre Leute einwirken, wenn die Gegenseite eine Sprache führt, die allzuoft einen aufreizenden und erbitternden Ton annimmt?) Trotz allem ist die Lage der verantwortlichen Gewerkschaftsführer auch heute nicht als ausweglos anzusehen. Aber man hat ihnen in der letzten Zeit zu viel zugemutet; man muß sie *entlasten*.

HK: Zuviel zugemutet inwieweit? Haben sie sich nicht dauernd selbst mit Positionen und Kompetenzansprüchen außerhalb ihres eigentlichen Zuständigkeitsbereichs überlastet und überladen?

von Nell-Breuning: Sicher haben sich die Gewerkschaften auch *selbst* mit Aufgaben *überladen*. Darum müssen auch sie selbst das Übermaß abladen, d. h. Aufgaben, die andere Träger ebensogut oder gar noch besser erfüllen können, an diese *abgeben*; *abnehmen* soll man ihnen nichts. Wenn ich sagte, man habe ihnen und namentlich ihrer Führung zu viel „zugemutet“, so meinte ich damit, man habe ihnen *angesonnen*, ihre erste und ursprüngliche Aufgabe zu erfüllen, *ohne* ihnen dazu die Hilfe zu geben, die sie dazu benötigen und auf die sie Anspruch haben. In dieser Hinsicht ist in den letzten Jahren an ihnen gesündigt worden, und jetzt will man – so drückt es *Wolfgang Vogt* in der Aprilnummer der „gz“ (Organ der KAB) meiner Meinung nach gut und treffend aus – sie auch noch zum „Prügelknaben der Nation“ machen.

„Es ist Sache der Bundesregierung, klare politische Ziele zu setzen“

HK: Es mag sein, daß das dem Gewerkschafter Vogt wider den Strich geht. Aber Prügelknabe der Nation? Wenn man sie prügelt – insgesamt habe ich den Eindruck nicht –, dann wohl, weil man die Zunahme an sozialem Einfluß, an Wirtschaftsmacht und auch am politischen Anspruch in der ideologischen Richtung fürchtet, die Sie selber skizziert haben.

von Nell-Breuning: Für mich ist Wolfgang Vogt weniger Gewerkschafter als KAB-Mann, aber sagen wir „Ehrgewerkschafter“, denn für jedes KAB-Mitglied sollte es *Ehrensache* sein, einer Gewerkschaft anzugehören, wobei ihm die Wahl freisteht zwischen Einheits- oder (christlicher) Richtungsgewerkschaft. – Die *Tatsache*, daß viele Leute die Gewerkschaften mit jener ideologischen Richtung, mit der unsere Einheitsgewerkschaften zu ringen haben, kurzerhand *identifizieren* und, anstatt ihnen zu helfen, sich dieser Ideologie zu erwehren, sich vor ihnen *fürchten*, regelrecht Angst vor ihnen haben, ist mir wohl bekannt. Dazu nur ein Wort: Furcht, erst recht Angst, ist ein sehr schlechter Ratgeber. – Genau diese Identifikation in Verbindung mit allem, was man den Gewerkschaften zur Last legt, heißt für mich, sie zum „Prügelknaben der Nation“ machen. Man macht sie zu Hauptschuldigen, ja Alleinschuldigen an der Arbeitslosigkeit; andere Leute haben offenbar alles richtig gemacht. Daß unsere Tarifautonomie in den letzten Jahren so enttäuschend versagt hat, legt man einseitig den Gewerkschaften zur Last, als ob sie die *Alleinverantwortung* trügen oder doch die *Hauptschuldigen* wären. Demzufolge wirft man denn auch die Frage auf, ob man ihnen die Tarifautonomie nicht entziehen solle, als ob sie die *Alleininhaber* der Tarifautonomie wären, die doch Gewerkschaften und Arbeitgeber(verbände) nur *gemeinsam* innehaben und daher auch nur *beiden gemeinsam* entzogen werden könnte. – Daß die Tarifautonomie in den letzten Jahren nicht mehr so befriedigend funktioniert hat wie in den fünfziger Jahren und noch weit in die sechziger Jahre hinein, darüber besteht weitgehend Einmütigkeit; dann soll man aber auch die Schuld daran auf alle Beteiligten gerecht verteilen. Unsere Rechtsordnung verteilt die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik, genauer gesprochen für die Regelung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, auf den *Staat* (Gesetzgeber und Regierung), die autonomen *Tarifpartner* und die *Bundesbank*, wobei die Autonomie der Tarifpartner Verfassungsrang hat, die Autonomie der Bundesbank dagegen zur Verfügung des einfachen Gesetzgebers steht.

HK: Die Tarifautonomie dürfte letztlich niemand in Frage stellen. Die Frage ist, ob diese im Falle von weiteren Verschiebungen von Machtgewichten – die Gewerkschaften praktizieren zwar gezielte Schwerpunkstreiks, rufen aber nach dem gerichtlichen bzw. gesetzlichen Aussperrungsverbot – aufrechtzuerhalten ist. Und unmittelbar zu dem, was Sie sagen: Ist es nicht problematisch, die Verantwor-

tung gewissermaßen zur Entlastung der Tarifpartner auf den Staat zu verschieben? Politiker wollen in Demokratien ja auch von Gewerkschaften gewählt werden und Parteien haben darauf Rücksicht zu nehmen.

von Nell-Breuning: Wenn Sie glauben, „letztlich werde niemand die Tarifautonomie in Frage stellen“, dann haben Sie sich ein Märchen erzählen lassen; sie „*letztlich*“ in Frage zu stellen würde allerdings vorerst daran scheitern, daß es dazu einer Änderung des Grundgesetzes bedürfte; das zu versuchen wird zur Zeit wohl niemand wagen. – Etwas anderes ist Ihre Bezugnahme auf die Waffe der Arbeitgeber im Arbeitskampf, die Aussperrung. Hier sündigen die Gewerkschaften gegen die *Logik*. Wenn sie für sich die Freiheit in Anspruch nehmen, den Schwerpunkstreik als Angriffswaffe zu verwenden, dann müssen sie den Arbeitgebern das Recht einräumen, in den vom Bundesarbeitsgericht umschriebenen Grenzen sich der Aussperrung als Verteidigungswaffe zu bedienen. – Und schließlich: wer wie ich die Erfahrungen mit der staatlichen Zwangsschlichtung der Weimarer Zeit in Erinnerung hat, der wird bestimmt nicht versucht sein, „zur Entlastung der Tarifpartner die Verantwortung auf den Staat abzuschieben“.

HK: Läßt sich aber die heutige Verteilung der Verantwortung auf Tarifparteien und Staat unter veränderten Voraussetzungen und vermutlich sich verschärfenden Verteilungskämpfen überhaupt beibehalten?

von Nell-Breuning: Ja! Dazu bedarf es allerdings, die für unser heutiges System unerläßlichen Voraussetzungen bei Bestand zu erhalten, nämlich: 1. guter Wille zur Zusammenarbeit gegenüber dem Ganzen auf dem Boden weitgehender Übereinstimmung hinsichtlich der Werte, die das Leben lebenswert machen und der menschlichen Arbeit einen Sinn geben; hier wird besonders deutlich, was der gleich zu Anfang besprochene Zerfall des Grundkonsenses seit 1949 für unser Thema bedeutet. 2. Einordnung der Wirtschafts- und Sozialpolitik als *Teilbereich* unter voller Anerkennung seines Eigenwerts, zugleich aber auch seines *Dienstwertes*, seiner dienenden Funktion gegenüber allen anderen Kultursachbereichen und Sachbereichen der Politik, gleichbedeutend mit Anerkennung des *Führungsanspruchs* der *politischen* Instanz, die das Wohl des Ganzen vertritt und es zu verantworten hat, gegenüber allen anderen, auch gegenüber den autonomen Tarifpartnern, die zwar bei allen ihren Maßnahmen das Gemeinwohl zu beachten, auf dessen Erfordernisse Rücksicht zu nehmen, aber *nicht* das *Gemeinwohl in toto* zu verantworten haben. In diesem Sinne spricht W. Vogt an der von mir genannten Stelle von der „Leitfunktion“ des Staates gegenüber den Tarifpartnern, der er in den letzten Jahren nicht mehr oder nur in unzulänglicher Weise nachgekommen sei. Sache der Bundesregierung wäre es gewesen, klare politische Ziele zu setzen, an denen die Tarifpartner den Spielraum ablesen konnten, der ihnen für ihre Politik zu Gebote steht.

HK: Wie soll der Staat eine solche Leitlinienfunktion wahrnehmen? Wenn er die Tarifautonomie wirklich ach-

ten will, sind ihm die Hände weitgehend gebunden. Leitlinien muß man nicht nur vorzeichnen, man muß sie auch durchsetzen können. Durchsetzen kann er sie nur, wenn er in der Tarifentwicklung praktisch diktiert.

von Nell-Breuning: Der Staat soll eben *nicht* Leitlinien „vorzeichnen“. Das wäre genau das diktatorische Verfahren, das die Tarifparteien mit vollem Recht sich verbitten, weil damit in der Tat die Tarifautonomie aufgehoben wäre. Es gibt andere Wege; der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft hat in mehreren seiner Gutachten der fünfziger Jahre solche Wege beschrieben. Insofern war es an sich kein schlechter Gedanke, unter dem vielleicht nicht sehr geschickt gewählten Namen „konzertierte Aktion“ einen *Lernprozeß* zu organisieren, wie Staat und Tarifparteien sich über *gemeinsame* Voraussetzungen und über miteinander verträglichen Zielsetzungen und Maßnahmen zur Realisierung dieser Ziele *verständigen* können, auf Grund derer der Staat seine allgemein-politischen Entscheidungen und Maßnahmen trifft und in *deren* Rahmen die Tarifpartner die ihrigen treffen. Ob dieser Lernprozeß von Anfang an fehlerhaft angelegt war und darum scheitern mußte oder ob er hätte gelingen können und *nur* durch Versagen oder Verschulden Beteiligten gescheitert ist, sei dahingestellt; auf keinen Fall kann man einem der beteiligten „Schüler“, nämlich den Gewerkschaften, die *Alleinschuld* anlasten. Soweit mein Einblick reicht, müssen alle Beteiligten sich als *mitschuldig* bekennen; die Hauptschuld aber muß die Staatsführung auf sich nehmen, die sich als Lehrmeister dieses Lernprozesses angeboten, leider aber in dieser Funktion versagt hat.

HK: Stellen Sie damit den Gewerkschaften und den Tarifpartnern nicht zu rasch einen Persilschein aus? Schließlich waren es ja die Gewerkschaften, die die Mitarbeit in der konzertierten Aktion zunächst jedenfalls aufgekündigt haben.

von Nell-Breuning: Ich habe beide Tarifpartner, ausdrücklich auch die Gewerkschaften, als *mitschuldig* bezeichnet; das ist kein Persilschein! Auf keinen Fall aber kann man den Gewerkschaften zumuten, bei Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung mit Lohnforderungen kurzzutreten, weil sie den Boom noch weiter anheizen und inflatorisch wirken würden, und bei Depression und Arbeitslosigkeit wiederum mit Lohnforderungen kurzzutreten, damit die Unternehmer höhere Gewinne erzielen, *durch* die sie zu Investitionen ermutigt werden und *aus* denen sie die Investitionen bezahlen können; so können die Gewerkschaften sich nun wirklich nicht zum Narren halten lassen. Wie dem auch sei: die Staatsführung muß ihre „Leitfunktion“ gegenüber den Tarifpartnern (wieder) sachgerecht ausüben. Einer diese Funktionen in überzeugender Weise ausübenden Staatsführung werden unsere Gewerkschaften die Gefolgschaft nicht versagen. Sie, oder genauer gesprochen beide Tarifpartner, benötigen diese Hilfe; wird sie ihnen in der rechten Weise angeboten, dann werden sie diese Hilfe annehmen, ja sie werden nach ihr greifen.

„Das Ringen um ein wenig Übergewicht sorgt dafür, daß keine Erstarrung eintritt“

HK: Kommt es aber nicht – gerade im Zusammenhang mit der Mitbestimmung – immer mehr zu einem *Machtungleichgewicht*, d. i. zu einem einseitigen *Machtübergewicht* der Gewerkschaften, das dieses System aus den Angeln hebt?

von Nell-Breuning: Es trifft zu, daß die autonome Tarifpartnerschaft – genau dasselbe gilt auch für die Mitbestimmung – ein ausgeglichenes Machtverhältnis, nennen wir es ein *Machtgleichgewicht*, voraussetzt; mit ihm steht und fällt die Tarifautonomie, mit ihm steht und fällt die Mitbestimmung. Das „bilaterale Monopol“ der Arbeitsmarktparteien kennt aber kein stabiles Gleichgewicht; in diesem Sinne ist es *ungleichgewichtig*. Das ist aber so lange kein Unglück, als abwechselnd bald die eine, bald die andere Seite ein gewisses Maß an Übergewicht erlangt. Im Gegenteil, gerade das ständige Ringen um ein wenig Übergewicht sorgt dafür, daß keine Erstarrung eintritt, vielmehr Bewegung und damit Fortschritt möglich bleibt. Bisher sind beide Partner überzeugt, der andere sei stärker; jeder klagt, an Macht unterlegen zu sein; nur bei Arbeitskämpfen ist es auf einmal anders; da rühmen beide sich wie die homerischen Helden ihrer Stärke. Das spricht dafür, daß aufs Ganze gesehen ein annehmbares *Machtgleichgewicht* besteht.

HK: Bevor wir zu Ende kommen, noch eine Frage zu den jüngsten Arbeitskämpfen. Der Arbeitskampf im Druckereigewerbe liegt heute hinter uns; hätte er nicht vermieden werden können? Ging es bei ihm wirklich um gefährdete lebenswichtige Interessen der qualifizierten Arbeitnehmer? Oder will man sich unter dem Stichwort soziale Bestandssicherung nicht einfach unbequemem, längerfristig aber besser Vollbeschäftigung sichernden Mobilitätsdruck entziehen?

von Nell-Breuning: In den dem Streit zugrundeliegenden, sehr spezielle Kenntnisse erfordernden Fragen der technologischen Umstellung, der das Druckereigewerbe nach übereinstimmender Meinung *beider* Seiten sich nicht entziehen kann, fehlen mir alle Voraussetzungen, um mitzureden. – Daß der Arbeitskampf hätte vermieden werden können, scheint mir unzweideutig daraus zu erhellen, daß die beiden Verhandlungskommissionen sich bereits geeinigt hatten. Niemand wird mir weismachen, die gewerkschaftliche Verhandlungskommission habe unverzichtbare Interessen der Mitglieder preisgegeben. Trotzdem hat der Vorstand der Gewerkschaft – nach – soviel mir bekannt – unwidersprochen gebliebenen Pressemeldungen auf Betreiben *eines* seiner Mitglieder dieser Lösung die Zustimmung versagt und die Gewerkschaft in den Streik getrieben. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern selbst herrschte Unbehagen; ernsthafte Zweifel gingen um, ob sie hier nicht für „systemverändernde“ Ziele dieses einen Vorstandsmitglieds mißbraucht würden.

HK: Es sieht aber ganz danach aus, als seien da nicht nur ideologische Verhärtungen im Spiel, sondern man wolle auf Biegen und Brechen Besitzstände u. U. auch auf Kosten der Vollbeschäftigung festschreiben.

von Nell-Breuning: Die Einzelheiten der zustande gekommenen Regelung kenne ich nicht und würde sie mangels ausreichender technologischer Sachkenntnis auch gar nicht verstehen. Aber so viel steht für mich fest: die künftige Entwicklung läßt sich *nicht festschreiben*; gerade das aber hat man offenbar getan. Auch die Zukunft wird überraschende Neuerungen bringen. Darum käme in der Tat alles darauf an, flexibel zu bleiben, um die jeweils auftretenden neuen Fragen und neuen Schwierigkeiten einvernehmlich zu meistern. Dazu braucht es vor allem beiderseitigen guten Willen und Vertrauen zueinander. Diese unerläßlichen Vorbedingungen für gedeihliche Weiterentwicklung hat der Kampf weitgehend zerstört und überdies die künftig notwendig werdenden Anpassungen durch das, was ich „die Zukunft festschreiben“ nannte, nur noch zusätzlich erschwert. – Und gerade in diesem hochachtbaren Gewerbe hat es einmal eine vorbildliche und zukunftsweisende *Tarifgemeinschaft* gegeben; davon ist nun wohl der letzte Überrest und die letzte Erinnerung vernichtet, ein trauriges Ergebnis!

HK: Zeichnet sich in der – vor allem im Blick auf die Vollbeschäftigung – nicht weniger sensiblen Metallindustrie nicht genau die gleiche Entwicklung ab?

von Nell-Breuning: Bei dem Ende 1973 im Landesbezirk Nordbaden-Nordwürttemberg der IG Metall ausgetragenen Arbeitskampf war ich mit dem Herzen ganz auf der Seite der Gewerkschaft und habe das Ergebnis als „Vermenschlichung der Arbeitswelt“ in einer Sendung des Hessischen Rundfunks zu Weihnachten 1973 gerühmt (abgedruckt in den „Stimmen der Zeit“, Februar 1974). Damals war man so klug, sich auf Lösung bereits anstehender Fragen zu beschränken, aber keine Zukunft vorwegnehmen und festschreiben zu wollen. Die IG Metall würde mich enttäuschen, wenn sie diese kluge Beschränkung nicht auch jetzt übt. Im übrigen möchte ich nicht nur den Ausgang des Streites, sondern auch noch einen

gewissen zeitlichen Abstand abwarten, bevor ich mir über den heutigen Konflikt eine abschließende Meinung bilde.

„Irremachen lasse ich mich nicht“

HK: Von dieser Zurückhaltung werde ich Sie vermutlich nicht abbringen können. Sehr interessieren würde mich aber ein abschließendes Wort über Ihr eigenes Verhältnis zu den Gewerkschaften.

von Nell-Breuning: Ihre Frage läßt mich an meinen verstorbenen Altersgenossen und Freund *Götz Briefs* denken. Er hat als erster eine Gewerkschaftstheorie geschaffen, die Gewerkschaften sozusagen in die wissenschaftliche Welt eingeführt; das ist sein bleibendes Verdienst. International galt Briefs als der führende Gewerkschaftstheoretiker, aber er war nicht nur ihr Theoretiker, er war ihr *Freund*. Dann aber – namentlich nach seiner Übersiedlung nach den USA – erlebte er Enttäuschungen, zunächst an den dortigen Gewerkschaften; auch mit der Entwicklung hierzulande war er unzufrieden. So erkaltete seine Freundschaft zu den Gewerkschaften; er wurde der auf der Arbeitgeberseite hochgeschätzte, gelegentlich sogar von ihr mißbrauchte Kritiker der Gewerkschaften, bis er schließlich nichts Gutes mehr, nur noch Fehler und Mängel an ihnen entdeckte und an ihnen *irre* wurde.

HK: Beschreibt das auch Ihren eigenen Weg?

von Nell-Breuning: Ganz im Gegenteil! Ich bedaure auf tiefste, daß Briefs diesen Weg gegangen ist, und kann ihm unmöglich auf diesem Weg folgen. – Gewiß, auch ich habe an den Gewerkschaften nicht nur Freude, sondern auch Enttäuschungen erlebt. Auch ich habe Kritik an ihnen geübt, galt sogar zeitweise bei ihnen als ihr härtester, allerdings zugleich wohlmeinendster Kritiker. Ich bin darauf gefaßt, auch weiterhin einige Freude und manche Enttäuschung an den Gewerkschaften zu erleben, werde mir auch erlauben, solange mein Alter es mir noch gestattet, weiter an ihnen Kritik zu üben in der Absicht und in der Hoffnung, ihnen dadurch einen Dienst zu erweisen; an ihnen *irremachen lasse ich mich nicht*.

Dokumentation

Terrorismus und seine Überwindung

Eine Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz

Am 10. April verabschiedete der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz auf seiner Sitzung in Würzburg eine Erklärung über „Ursachen des Terrorismus und Voraussetzungen seiner

Überwindung“. Die Erklärung, die ein breites und – soweit man es bisher beurteilen kann – positives Echo gefunden hat, ist bereits der zweite Text zum Thema Terrorismus. Auf der Herbstvollver-